

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 03.04.2008 um 17.30 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein
Stadtrat Schardt
Stadtrat Rank

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller
Stadtrat Schmidt
Stadtrat May

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

AG Gold/ödp

2. Bgmin. Gold

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger (bis Ziffer 6)

Assessorin Ingrisch
Herr Blank, Büro Rembold (Ziffer 2)
Dipl. – Ing. Geiger (Ziffer 2)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat Mahlmeister

Stadträtin Schmidt
Stadträtin Richter
Bürgermeister Böhm
Stadtrat Konrad

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Lärmschutzmaßnahmen Panzerstraße Außerplanmäßige Mittelbereitstellung

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass bei der Lärmschutzmaßnahme Panzerstraße die Mittel nicht ausreichen und deshalb im Jahr 2008 Mittel in Höhe von 25.000,00 € außerplanmäßig bereit gestellt werden müssten. Er weist auch darauf hin, dass man hiermit dennoch unter der ursprünglichen Kostenschätzung liege.

Darüber hinaus sei angedacht, die Elemente bei den Fußgängerüberwegen durch Transparente auszutauschen. Es bestehe jedoch die Gefahr, dass dann die Fußgänger ohne einen weiteren Blick die Straße überqueren und somit zusätzliche Gefahren entstünden. Die Verwaltung lehnt deshalb die transparenten Elemente ab.

Stadtrat Müller ist der Auffassung, dass die transparenten Elemente mehr Sicherheit in diesem Bereich bringen würden, nachdem schon häufig Autofahrer durch plötzlich auftauchende Fußgänger bzw. Hunde erschreckt wurden.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die transparente Lösung und kommen überein aus Gründen der Sicherheit die Elemente an den Fußgängerüberwegen durch Transparente auszutauschen.

B. Mit 11 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die notwendigen Mittel in Höhe von 25.000,-- € werden außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei HHST 1.6322.9502 (Straßenerschließung Deustergelände).
3. Es besteht Einverständnis damit, dass die beiden Endfelder mit einer transparenten Füllung versehen werden. Der Aufwand hierfür beträgt ca. 5.800,-- €. Die ursprüngliche Auftragssumme wird dadurch nicht überschritten.

2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Logistikzentrum Netto“

- Hier: • Ergebnisse der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB) gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 28.01.08-.29.02.08
• Satzungsbeschluss

- A. Herr Blank, Büro Rembold geht ausführlich auf die Ergebnisse der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ein und erklärt, wie die einzelnen Anregungen abzuwägen wären.

Die Stadträte beziehen sich im Folgenden auf die Verkehrsführung, die Leistungsfähigkeit der Kreuzung und geben zu Bedenken, ob dies im Betrieb auch ausreichend sei.

Herr Blank erklärt, dass hinsichtlich der Verkehrsführung und der Kreuzung verschiedene Prognosen erstellt wurden, die allesamt aussagen, dass die Leistungsfähigkeit gegeben sei und deshalb kein Änderungsbedarf bestehe.

Stadtrat Müller bittet für die Rechtsabbieger von Hörblach kommend die Einfahrt mittels eines grünen Pfeils zu ermöglichen, um somit einen Verkehrsfluss in diesem Bereich zu erhalten.

Herr Blank erklärt, dass dies in der Detailplanung beachtet und geprüft werden müsse.

Stadtrat Schardt stellt fest, dass durch die Maßnahme der Verkehr am Dreistock zunehme und man sich deshalb nochmals Gedanken hinsichtlich eines Gehweges im Bereich der Fa. Brumme machen sollte.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass dies auch ein Problem hinsichtlich des Grunderwerbs sei, sagt aber zu dies nochmals zu prüfen.

B. Mit 9 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag mit Anlagen und dem mündlichen Vortrag des Büros Rembold wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis zu den während der Auslegung sowie der Beteiligung der TöB in der Zeit vom 28.01.-29.02.08 eingegangenen Bedenken und Anregungen gem. Anlage 1 (Fassung vom 20.03.08) Stellung zu nehmen.
3. Die Stadt Kitzingen erlässt folgende Satzung für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Logistikzentrum Netto“ mit integriertem Grünordnungsplan (GOP).

Bebauungsplan-Satzung

§ 1

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Logistikzentrum Netto“ mit integriertem Grünordnungsplan (GOP) wird aufgestellt. Der Geltungsbereich liegt innerhalb der durch einen schwarz gestrichelten Linienzug umgrenzten Flächen, die im Planblatt vom 12.11.2007 i.d.F. v. 14.01.2008 ausgewiesen sind.

§ 2

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan mit integr. GOP besteht aus dem Planblatt vom 12.11.2007 i.d.F. v. 14.01.2008 mit den darauf enthaltenen Festsetzungen, sowie der Begründung mit Umweltbericht, artenschutzrechtlicher Prüfung und FFH/SPA-Verträglichkeitsabschätzung vom 12.11.2007 i.d.F. v. 14.01.2008.

§ 3

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Logistikzentrum Netto“ mit integriertem GOP“ wird mit der Bekanntmachung nach § 12 BauGB rechtsverbindlich.

4. Die Verwaltung wird ermächtigt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Logistikzentrum Netto“ mit integriertem Grünordnungsplan (GOP) bekannt zu machen.

C. Stadträtin Wallrapp gibt zu Protokoll, dass sie dagegen gestimmt hat, nachdem ihre Bitte, nochmals hinsichtlich des Kreisverkehrs mit dem Straßenbauamt Gespräche zu führen, keine Beachtung fand.

3. Budgetabrechnung 2006 für die städt. Sportanlagen

A. Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

Der Überschuss in Höhe von 20.522,86 wird auf das Haushaltsjahr 2007 übertragen.

B. Stadträtin Dr. Endres-Paul fragt aufgrund der Überschüsse nach, ob es geplant sei für diesen Bereich Rücklagen zu bilden. Ihrer Auffassung nach müsse ein Budget, das über Jahre einen Überschuss erwirtschaftete entsprechend angepasst werden. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass die erwirtschafteten Mittel nicht in die Rücklage fließen sondern für Ausgaben im Vermögenshaushalt zur Verfügung stünden. Darüber hinaus erklärt er, werde nach bekannt werden des Rechnungsergebnis-

ses für 2007 die Budgetsumme überprüft, wonach im Jahr 2009 die Summe entsprechend angepasst werden könnte.

Stadtrat Popp weist hinsichtlich der Dreifachturnhalle darauf hin, dass dort vermehrt Lampen und Geräte ausgewechselt werden müssten und bittet, sich dem anzunehmen.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

Stadtrat Schmidt fragt hinsichtlich des Defizits aufgrund des Wasserverbrauchs am Florian-Geyer-Platz nach, ob man für die Bewässerung der Rasenfläche einen Brunnen bohren könnte, damit man auf lange Sicht in diesem Bereich Kosten sparen könnte.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer sagt zu, dies zu überprüfen.

4. 14. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen

Mit 11 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es wird folgende 14. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen beschlossen:

14. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung der Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalen Abgabengesetzes erlässt die Große Kreisstadt Kitzingen folgende

Satzung

§ 1

Die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung vom 22.07.1991 in der Fassung der 13. Änderungssatzung vom 29.03.2007 wird wie folgt geändert:

§ 10 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Im Falle des Absatzes 2 Satz 6 bis 9 ist der Abzug insoweit begrenzt, als der Wasserverbrauch 50 m³ pro Grundstück pro Jahr unterschreiten würde.“

§ 2

Diese Satzung tritt zum 01.04.2008 in Kraft.

5. "Grüne Gentechnik":

hier: Antrag der ödp / Ausschussgemeinschaft Schmidt - Gold vom 16.02.2008

- A. Rechtsrätin Schmöger geht auf die Antrag der Ausschussgemeinschaft 2. Bgmin. Gold/ödp ein und stellt dar, dass die Verwaltung den Ziffern 1 und 3 des Antrags nicht zustimmen könne, da die Stadt Kitzingen keine Befassungskompetenz habe (Ziffer 1) bzw. gegen ihre Neutralitätspflicht verstoße (Ziffer 3). Lediglich der Ziffer 2 (kein Ver-

kauf von genmanipulierten Lebensmittel in Schulen, Kindergärten usw.) könne man zustimmen.

2. Bürgermeisterin Gold als Antragstellerin ist der Auffassung, dass die Stadt Kitzingen hierbei tätig werden sollte, so wie es auch schon viele andere Kommunen getan haben. Ihrer Auffassung nach sei die Gentechnik und das Handeln der Bundesregierung mit dem Vorgehen „Mobilfunk“ vergleichbar, da es ähnliche Schäden verursache und zugleich einen Wirtschaftsbereich darstelle. Auch der Umweltausschuss des Landkreises habe einen entsprechenden Beschluss gefasst und somit Stellung bezogen, weshalb auch die Stadt Kitzingen mit der Willensbekundung Stellung beziehen sollte und bittet um Zustimmung.

Stadtrat May weist darauf hin, dass er gegen die Grüne Gentechnik sei, gibt aber auch zu Bedenken, dass man dem Problem mit dieser Willensbekundung nicht Herr werden könne. Dieses Thema sei derart umfangreich, so dass es kaum jemand aus dem Gremium gänzlich verstehen könnte.

Stadtrat Rank ist der Auffassung, dass man in Kitzingen derzeit genügend weiterer Probleme habe, um sich nicht hiermit auseinandersetzen zu müssen. Seiner Auffassung nach sollte man dieser Willensbekundung nicht zustimmen.

B. Mit 9 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Antrag der ödp / Ausschussgemeinschaft Schmidt – Gold vom 16.02.2008 wird zugestimmt.

6. Haushaltsüberschreitung

Ohne Abstimmung

Es wird zustimmend davon Kenntnis genommen, dass für das Rechnungsjahr 2007 eine Haushaltsüberschreitung bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VwHh:</u> 5500 7093	Förderung des Sports; Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sportverbände und -vereine sowie deren Einrichtungen Innere Verrechnungen bisher bereitgestellt somit insgesamt:	114.910,00 €	17.411,00 €
			<u>20.054,00 €</u>
			<u>37.465,00 €</u>

genehmigt wurde.

Die Deckung erfolgte durch Mehreinnahmen bei HSt. 9000 0030 – Gewerbesteuer.

7. D.-Paul-Eber-Hauptschule Kitzingen

Generalinstandsetzung

- Kostenmehrung

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass sich bei der Bearbeitung des Beschlusses vom Dezember 2007 verschiedene Kostenmehrungen ergeben hätten, worauf sich die

Gesamtsumme um 320.000,00 € auf 5.875.000,00 € erhöhe. Er erklärt, dass man lediglich über die Kostensteigerung informieren wolle und der wesentliche Punkt der Sitzungsvorlage (Lüftung) in der Stadtratssitzung am 10.04.2008 nach Stellungnahme der Energie Region Nürnberg erfolgen werde.

Dipl. – Ing. Geiger geht anhand einer Präsentation auf die verschiedenen Kostengruppen ein und stellt detailliert dar, in welchen Bereichen die Steigerung (Technische Anlagen in Höhe von 175.000,00, Außenanlagen in Höhe von 80.000,00) im Wesentlichen entstehe.

Hinsichtlich der Außenanlagen äußert Stadtrat Müller seinen Unmut, dass man diese Kosten bereits zu einem früheren Zeitpunkt hätte einplanen bzw. einschätzen müssen. Stadtrat Schmidt geht im Folgenden auf die Heizungsanlage ein und fragt nach, weshalb der Gaskessel noch betrieben werden müsse, obwohl im Dezember die Hackschnitzelheizung beschlossen wurde.

Dipl. – Ing. Geiger erklärt, dass die Gasheizung im Bereich der Höchst- bzw. Niedrigstbelastungen ergänzend bzw. ausschließlich benötigt werde.

Stadtrat Schmidt fragt nach einer Gesamtkonzeption für die Heizungsanlage, nachdem hiermit neben der D. Paul-Eber-Schule auch die Turnhalle, die St. – Hedwig-Schule sowie die Friedrich-Bernbeck-Schule beheizt werde.

Dipl. – Ing. Geiger erklärt, dass die Hackschnitzelheizung die Basis des Heizsystems sei und je nach Bedarf in den einzelnen Gebäuden eine Heizkomponente dazu genommen werden müsste. Welche diese im Einzelnen seien, könne noch nicht gesagt werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht auf die Zuschusssituation ein und stellt dar, dass durch die gestiegenen Kosten in Höhe von 320.000,00 € ein neuer Zuschussantrag bei der Regierung von Unterfranken eingereicht werden müsste. Nicht enthalten seien dabei die Kosten für die Lüftung in Höhe von 275.000,00 €. Falls diese in der Sitzung des Stadtrates am 10.04.2008 beschlossen würden, müssten die Zuschussunterlagen diesbezüglich ergänzt werden. Er erklärt, dass man drei differenzierte Zuschussanträge (Art. 10 FAG, Ganztagschule, Energetischer Umbau) stellen müsste. Darüber hinaus wäre der Rest über Kredite (bei der Lüftungsanlage mit Dena-Kredit bzw. die Kreditanstalt für Wiederaufbau) abzudecken. Die Entscheidung hinsichtlich der Lüftungsanlage müsse in der Sitzung am 10.04.2008 getroffen werden, damit die Zuschussunterlagen abschließend eingereicht werden können, um hiernach abschließend einen Finanzierungsplan erstellen zu können.

Stadtrat Schmidt fragt nach, ob der Zeitplan durch die erneute Vorlage dennoch eingehalten werden könne und äußert sich bedenklich, dass die Thematik hinsichtlich der Lüftungsanlage bereits im Dezember hätte behandelt werden können. Seiner Auffassung nach – aber auch, um in den Genuss des Dena-Kredits zu gelangen – sollte man die Lüftungsanlage in der Schule umsetzen.

Dipl. – Ing. Geiger erklärt, dass nach dem Beschluss die Unterlagen schnellstens bei der Regierung eingereicht werden und mit der Maßnahmen erst nach deren Genehmigung begonnen werden könne. Er könne keine Garantie geben, dass der Zeitplan eingehalten werde.

Oberbürgermeister Moser gibt zu Bedenken, dass bei der Diskussion im Dezember die Lüftungsanlage sich nicht amortisierte und deshalb nicht mit beschlossen wurde.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass für die Inanspruchnahme des Dena-Modells nicht zwangsläufig die Lüftungsanlage notwendig sei, sondern der Kredit auch bei Umsetzung des Ampelsystems (Ampel auf rot zeigt schlechte Raumluft an, damit gelüftet wird) in Anspruch genommen werden könnte.

Stadträtin Dr. Endres-Paul bittet den Beschluss in der Stadtratssitzung zu fassen, damit die Maßnahme dringend weitergeführt werden kann, nachdem die Angelegenheit aufgrund der energetischen Untersuchung bereits im vergangenen Jahr verschoben wurde.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Verwaltung die Angelegenheit schnellstmöglich vorantreibe. Darüber hinaus bittet er, die Kostenerweiterung zur Kenntnis zu

nehmen. Der Beschluss hinsichtlich der Lüftungsanlage werde in der Sitzung am 10.04.2008 gefasst.

B. Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag und den Ausführungen des Arch.-Büros Geiger, Kitzingen wird Kenntnis genommen.
2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass die Haushaltsstelle 1.2121.9451 von 5.555.000,00 € um ca. 320.000,00 € auf 5.875.000,00 € erweitert wird.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 19.55 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer